Nr. 191a
XXXI. Jahrgang

Berliner Tageblatt

Berlin
17. April 1902

Parlaments-Ausgabe

Haus der Abgeordneten.

60. Sitzung vom 16. April, 11 Uhr.

(Fortsetzung aus dem Abendblatt)

Finanzminister Frhr. **v. Rheinbaben:** Es ist richtig, daß die Flachsgarnspinnerei in **Landeshut** in den letzten Jahren **schlechte Ergebnisse** gehabt hat. Sie ist seinerzeit gegründet worden, um als Vorbild für die ganze Flachsgarnspinnerei zu dienen. Diese Aufgabe hat sie erfüllt, leidet aber jetzt unter der Konjunktur. Den Gedanken, die Spinnerei einfach aufzuheben, der der nächstliegende sein würde, müssen wir von der Hand weisen, da wir dann etwa 300 Arbeiter einfach auf die Straße setzen müßten. Ich glaube, wir müssen erst eine bessere Konjunktur abwarten und dann versuchen, dies Institut zu verändern. Wir **haben kein dringendes Bedürfniß** mehr, das **Institut** dem **Staate zu erhalten.** Die Kritik des Abgeordneten Richter an der Seehandlung halte ich für ungerechtfertigt. Die Seehandlung hat sich niemals in Gegensatz zur Diskontpolitik der Reichsbank gesetzt; es ist das ja auch ganz ausgeschlossen. **Allerdings hat die Seehandlung zuweilen einen anderen Diskont als die Reichsbank;** das ist aber nichts Besonderes und ist **im Interesse des Staates und der Allgemeinheit geschehen.** Die Reichsbank hat nichts dagegen eingewendet; sie ist dadurch entlastet worden. Der Seehandlung ist niemals eingefallen, irgend eine Operation zu unternehmen, die dem gesetzlichen Mitwirkungskreise dieses Hauses widersprechen würde. Ich bin der Ansicht, daß es dringend nothwendig ist, die Seehandlung nicht nur zu erhalten, sondern sie weiter auszubauen im Interesse des Staates und des großen Publikums, das Vertrauen zu derselben hat. Ich brauche diesem sachverständigen Hause nicht darzulegen, in welchem Maße sich der Geldverkehr des Staates gesteigert hat. Im Laufe des letzten Jahrhunderts haben sich die Einnahmen des Staates verzehnfacht. Wir haben jetzt bekanntlich für 1902 eine Einnahme von 1,600,000,000. Dem entsprechend haben sich die Ausgaben gesteigert. Es kommt hinzu, daß mit der Verstaatlichung der Eisenbahnen die Nothwendigkeit sich ergeben hat, immer mehr mit Anleihen an den Markt heranzutreten. Ist dem so, so folgt daraus die Nothwendigkeit, daß der Staat ein unabhängiges Bankinstitut zur Verfügung haben muß. (Sehr richtig!) Es muß selbstständig und mächtig genug sein, an der Börse ein Wort mitzusprechen. Gottlob, das hat die Seehandlung gethan. **Wenn die Seehandlung ihren Namen unter eine Sache setzt, so hat das Publikum Vertrauen** dazu. Aber das Kapital ist nicht mehr bedeutend genug, um diesen Einfluß zu sichern. Allerdings betrug im Jahre 1869 das Kapital der Seehandlung nur 14,4 Millionen. Aber der Abg. **Richter** vergißt, daß damals die großen **Privatbanken andere Kapitalien hatten als jetzt.** Die Diskontogesellschaft hatte ein Kapital von 30 Millionen, die Berliner Handelsgesellschaft 45 Millionen, der Schaaffhausensche Bankverein 15 Millionen. Also es war für damals vollkommen richtig, daß, wie es in dem damaligen Bericht der Seehandlung heißt, schon ein Grundkapital von 30 Millionen ein kräftiges Fundament für die Operationen darstellen würde. Aber die Verhältnisse haben sich geändert. Insbesondere ist eine Konzentration des Bankgeschäfts vor sich gegangen. Alle Banken haben ihr Kapital vermehrt. Die Deutsche Bank hat heute ein Grundkapital von 150 Millionen und 44 Millionen Reserven, die Diskontogesellschaft 144 Millionen Grundkapital und 38 Millionen Reserven. Die Dresdner Bank hat ihr Grundkapital auf 130 Millionen und ihre Reserven auf 30 Millionen erhöht. Die Bank für Handel und Industrie auf 105 Millionen u. s. w. Die Seehandlung ist mit ihren 34 Millionen kaum noch einer mittleren Bank gleichzustellen. Wenn überhaupt auf der Erde die materielle Macht ein Wort mitzusprechen hat, so sicherlich bei der Börse und den Bankinstituten. Um die materielle Macht zu erhalten, muß die Seehandlung ihren Einfluß an der Börse erhalten. Dazu ist nothwendig, das Kapital zu vermehren. **Eine dauernde Mitwirkung wendig, das Kapital zu vermehren. Eine dauernde Mitwirkung der Seehandlung liegt nicht nur im Interesse des Staates, sondern auch im Interesse des großen Publikums.** Unzweifelhaft sind die preußischen Staatspapiere die sichersten, die auf der ganzen Welt zu haben sind, durch die materiellen Unterpfänder an Bergwerken, Forsten, Eisenbahnen u. s. w. Jedoch haben die preußischen Konsols einen Stand, welcher weit hinter dem anderer Staaten zurückbleibt. Um sie wieder hoch zu bringen und auch, um das große Publikum gegen schwere Schäden zu schützen, welche durch die Schwankungen des Standes der Papiere leicht entstehen können, muß die Seehandlung eintreten. Wenn die Konsols plötzlich heruntergehen, muß die Seehandlung die Papiere einstweilen aufnehmen. Denn wie kann es sonst kommen, daß ein Papier, das so sicher fundamentirt ist, von 102 auf 94 heruntergeht? Die Seehandlung kann diesen willkürlichen Einflüssen begegnen bei genügendem Grundkapital. Ich bin deshalb nach wie vor der Meinung, daß der Abg. Richter nicht Recht hat mit der Behauptung, daß sie entbehrlich ist. Die **Seehandlung ist nöthig im Interesse des Staates** und des Publikums, das gottlob, noch den **Kredit** des **preußischen Staates hoch einschätzt.** (Lebhafter Beifall.)

Abg. Graf **Limburg-Stirum** (kons.):

Es handelt sich hier um eine **politische Machtfrage,** darüber ist gar kein Zweifel. Wir wollen die Seehandlung nicht abschaffen. Einen moralischen Einfluß haben wir auf jeden Fall, wenn auch der formale gering ist. Der Finanzminister muß ein Institut zur Verfügung haben, auf das er sich verlassen kann. Die Preußische Centralgenossenschaftskasse kann keinen Ersatz dafür bieten; die Reichsbank hat noch andere Aufgaben zu erfüllen. Wenn der Finanzminister mit der Forderung auf eine **Erhöhung des Kapitals** der Seehandlung an uns herantreten würde, so würden wir ihm voraussichtlich alle **zustimmen.** Denn wir können uns der Thatsache nicht verschließen, daß die übrigen Banken ihr Kapital sehr stark erhöht haben. Ich glaube auch, die Mehrheit des Hauses wird hierin dem Finanzminister folgen, auch wenn es den Grundsätzen der Freihändler widerspräche. (Beifall.)

Abg. Frhr. **v. Zedlitz** (freik.):

Wenn man nochmals an die Gründung der Seehandlung vom konstitutionellen Standpunkte herangine, würden wir ihre Bewegungsfreiheit vielleicht anders abgrenzen. Aber das sind rein formalistische Dinge, und wir haben uns heute gewöhnt, weniger formalistisch und mehr sachlich vorzugehen. Sonst würden wir dem Eisenbahnminister nicht seinen großen Dispositionsfonds gewähren; denn etwas weniger Konstitutionelles giebt es kaum als diesen **Dispositionsfonds.** Der Abg. **Richter** kreitlich hält zielbewußt und unentwegt (Heiterkeit) an dem starren Doktrinarismus fest. Die Seehandlung kann heute nicht mehr entbehrt werden. Um aber voll ihre Dienste unserem Staate leisten zu können, muß sie kräftiger ausgestaltet und ihr Kapital erhöht werden. (Beifall.)

Abg. Dr. **Friedberg** (natl.):

Ist eine **Erhöhung des Kapitals der Seehandlung** nöthig, und soll sie hier beschlossen werden, so ist, unserer Meinung nach, es garnicht zu umgehen, daß auch die **Befugniße der Seehandlung,** die noch aus dem Anfange des vorigen Jahrhunderts stammen, **entweder durch Gesetz oder Erlaß eines neuen Statuts festgelegt werden.** Das würde in der nächsten Session ganz gut möglich sein. Unsere Anleihen sind durch die Konvertirungen gedrückt worden. Ich meine auch, der Finanzminister brauchte zur Emanirung der Anleihen die Mittelspersonen nicht absolut. Ob aber ein Verzicht darauf praktisch wäre, ist doch wohl zweifelhaft. Denn es ergeben sich doch allerlei Vortheile daraus, die man mitnehmen muß. Wenn bei einem Rückströmen der Papiere die Seehandlung sie alle aufnehmen sollte, würde sie sich den Magen verderben. Kurz, eine Staatsbank, die mit dem **Geldverkehr** vertraut ist, hatte ich auch für nöthig. Bei einer Stärkung der Seehandlung müßten wir aber prüfen, ob sie noch ihren **Aufgaben gerecht wird, und ihre Thätigkeit umgrenzen.** (Beifall.)

Finanzminister Frhr. **v. Rheinbaben:**

Es ist ein Mißverständniß untergelaufen. Wir **wollen auch künftig nicht bei Emanirung von Anleihen auf die Mitwirkung der Privatbanken verzichten,** die Placirung der letzten Anleihen hat das bewiesen. Es kann davon keine Rede sein, daß die Seehandlung Hunderte von Millionen zurückstehender Anleihen allein aufnimmt; dabei würde uns das Publikum helfen. Denn das Publikum hat Vertrauen zu uns. (Beifall.)

Abg. **Richter** (fr. Vp.):

Graf Limburg ist bescheiden, er begnügt sich mit einer moralischen Einwirkung auf die Seehandlung. Mehr ist es allerdings nicht; denn im Etat stehen eigentlich nur die Gehälter der Beamten. Wozu **brauchen wir aber überhaupt eine preußische Staatsbank?** Giebt **es denn** überhaupt ein eigenes preußisches Geldwesen? Doch nicht. Es könnte sich also nur um eine staatliche Reichsbank handeln. (Sehr richtig!) Wer hat denn jetzt Nutzen von der Seehandlung und ihrem Lombardkredit? Einige große Berliner Banken und gewisse Kreise der Bevölkerung. Unter des Freiherrn v. Zedlitz Leitung kam es dadurch dazu, daß er den Diskontsatz auf 5 Prozent heraufsetzen mußte, um den zu starken Abfluß des Geldes zu verhüten. Ich möchte, wir hätten hier eine Einrichtung, die es uns ermöglichte, die Direktoren der Reichsbank hier als Zeugen zu vernehmen; sie würden wahrscheinlich uns überzeugen, daß eine Stärkung der Seehandlung nicht wünschenswerth ist. Ich danke dem Dr. Friedberg, daß er diese Frage nicht so leicht nahm wie die beiden konservativen Redner. (Beifall.)

Abg. **v. Eynern** (natl., schwer verständlich)

spricht sich **für die Erhaltung der Seehandlung** aus. **England, Frankreich, Spanien** ꝛc. verzichteten nicht auf ihre Staatsbanken. Ueber eine Erhöhung des Kapitals werde man sich einigen. Aber eine Abgrenzung der Befugniße der Seehandlung bei dieser Gelegenheit ist erforderlich. (Beifall.)

Abg. **Fritzen** (Ctr.):

Eine preußische Staatsbank halten auch wir für ganz nützlich, wenn wir auch manchen Bemängelungen des Abg. Richter durchaus beistimmen. Ueber die **Erhöhung des Kapitals** werden wir uns heute weder mit Ja noch mit Nein äußern; wir werden abwarten, bis die Vorlage kommt. Wir werden aber auch den Vorbehalt machen, daß bei dieser Gelegenheit die Kompetenzen der Seehandlung abgegrenzt werden. (Beifall.)

Abg. Frhr. **v. Zedlitz** (freik.):

Der Abg. Richter meinte, die Seehandlung hätte 1899 die Währungs- und Diskontpolitik der Reichsbank durchkreuzt. Es ist richtig, daß damals der Diskont erhöht war, und daß die Seehandlung einigen Geldnehmern billigeres Geld gegeben hat. Das Erstere war ein Warnungssignal, das Letztere geschah unter so ungünstigen, namentlich Rückzahlungsbedingungen, daß damit die Billigkeit des Kredites wettgemacht wurde. Hätte die Seehandlung die Diskont- und Währungspolitik der Reichsbank durchkreuzt, so wäre der Reichsbankpräsident sicher in der Seehandlung erschienen und hätte demonstrirt. Nichts von alledem ist geschehen. Man muß eben nicht alles glauben, was in Börsenblättern behauptet wird. Vieles beruht weniger auf Thatsächlichem als auf Persönlichem. (Beifall.)

Abg. **Richter** (fr. Vp.):

Ich verstehe, daß der Frhr. **v. Zedlitz seine Amtsführung vertheidigt,** aber er kann die Sache nicht aus der Welt schaffen; denn seine Entgegnungen erschienen damals in der amtlichen Berliner Korrespondenz und den Berliner politischen Nachrichten. Anfang August 1899 hat danach die Seehandlung den Diskontsatz auf 3 Prozent normirt, während die Reichsbank ihn auf 5 Prozent festsetzte, um den Goldabfluß nach England einzudämmen. Der Frhr. v. Zedlitz ließ damals erklären, er gäbe das Geld nur an eine auserwählte Anzahl von Bankhäusern. Es ist nicht das einzige Mal gewesen, sondern ist auch später vorgekommen. Im Uebrigen hat aber die Seehandlung gar keine Filialen u. s. w., um wirklich dem Geldverkehr allgemein dienen zu können.

Abg. Dr. **Arendt** (freik.):

Ich freue mich, daß heute der Abg. Richter auch zu der Ueberzeugung gekommen ist, daß die **damalige Diskonterhöhung der Reichsbank aus Furcht vor dem Goldabfluß nach England vorgenommen worden ist.** (Heiterkeit.) Ich habe das seinerzeit behauptet, aber der Reichsbankpräsident wie die freisinnigen Blätter behaupteten, das sei nicht wahr, die Diskonterhöhung sei die Folge des industriellen Aufschwunges. (Heiterkeit und Zustimmung.) Das Wesentliche ist für mich, daß damals die Reichsbank den Diskont erhöhte, denn jede Diskonterhöhung macht sich im Kurse der Staatspapiere geltend. Eine reichsgesetzliche Regelung des Depositenbankwesens würde eine wesentliche Besserung bringen. Dazu würden wir aber vermuthlich die schätzbare Unterstützung des Abg. Richter nicht erhalten. Einer Erweiterung der Thätigkeit der Seehandlung würde ich gern zustimmen. (Beifall.)

Abg. Dr. **Hahn** (Bund der Landwirthe):

Die Seehandlung hat allerdings keine Filialen, um die Ersparnisse des Publikums an sich zu ziehen. Ich meine auch, daß die **Einrichtung von Depositenkassen** dazu nützlich sein würde. Wir müssen das Unternehmerbankwesen vom Depositenbankwesen trennen. Beim Börsengesetz werden wir weiter darüber sprechen können. Einer Erweiterung der Seehandlung stimme auch ich zu.

Die Erörterung **schließt.**

Persönlich bemerkt

Abg. Frhr. **v. Zedlitz** (freik.):

Nur naive Urtheilslosigkeit kann behaupten, daß die Seehandlung die Politik der Reichsbank durchkreuzt hat.

Präsident **v. Kröcher:**

Persönlich war das nicht. (Heiterkeit.)

Der Etat wird **genehmigt.**

Es folgt der **Etat der Ansiedelungskommission für Westpreußen und Posen.** Mit seiner Berathung wird die Verhandlung über die Denkschrift zur Ausführung des Gesetzes vom 26. April 1886, betreffend die Beförderung deutscher Ansiedelungen in den Provinzen Westpreußen und Posen, für das Jahr 1901 verbunden.

Berichterstatter Abg. Dr. **Wolff-Goerki**

beantragt Namens der Budgetkommission unveränderte Genehmigung des Etats und Erledigung der Denkschrift durch Kenntnißnahme.

Abg. **v. Brodnicki** (Pole):

Die neuere Politik der **Regierung behandelt uns Polen** so, als wären wir **Einwanderer** und hätten keine Rechte, unsere Gebiete als Vaterland zu betrachten. **Man vergewaltigt die Polen** in einer Weise, die nur aus einer niedrigen Gesinnung entspringt. Von einem Vordringen der Polen kann bei solchem Verkauf an eigenem Gelände nicht mehr die Rede sein. Wir Polen sind gleichberechtigte Staatsbürger und können verlangen, nicht mit Ausnahmegesetzen behandelt zu werden. Man begnügt sich aber nicht blos mit der Zurückdrängung unserer Nationalität, man verdrängt auch die katholische Religion und katholische Sitten. (Hört, hört!) **Man zieht fast nur evangelische Ansiedler heran.** Man schwärmt sogar für die Abtrünnigen, für die Verräther am eigenen Vaterlande. (Beifall.)

Abg. **Rören** (Ctr.):

Unser Standpunkt zum **Ansiedelungsgesetz** ist immer noch derselbe; es **widerspricht** nach unserer Meinung dem **Grundsatze der Verfassung und des Rechtes.** Die wirthschaftliche Zurückdrängung eines Theiles des preußischen Volkes widerspricht der Verfassung (Sehr wahr! in der Mitte), und wenn man 200 Millionen Mark aus den Taschen aller Steuerzahler nimmt, auch aus denen der polnischen, so muß man anerkennen, wie hart es empfunden wird, wenn diese Summen gegen einen Theil dieser Steuerzahler benutzt werden. Wir haben diese Stellung immer eingenommen. Der Freiherr v. Hüne bezeichnete 1885 dies Gesetz als ein **unhaltbares Ausnahmegesetz** gegen einen Theil der Mitunterthanen und eine **ungerechte Proklamirung des Kriegsrechtes.** Der Freiherr **v. Schorlemer** nannte es eine **Bankrotterklärung der deutschen Kultur und eine grausame Zumuthung an die Polen. Und Dr. Windthorst nannte das Gesetz eine verhängnißvolle Verfassungsverletzung, eine Expropriation** gegen einen Theil der Staatsbürger. Die freisinnigen Abg. **Virchow** und **Hänel** sprachen sich womöglich noch schärfer aus; auch sie sprachen vom Verfassungsbruch, der der Gewalt gleichkäme. Gerade der Abg. Dr. Virchow ging aber noch weiter und sagte klar, daß es sich nicht sowohl um eine Germanisirung gegenüber der Polonisirung handele, sondern um eine Protestantisirung. Protestantisch und deutsch seien der Gegensatz zu katholisch-polnisch. Das hat sich bewahrheitet. Von den in Posen erbauten 200 Kirchen und Kapellen sind nur 8 katholisch, in Westpreußen gar keine. Mit den Schulen ist es ähnlich. Dieser Grundsatz wird auch offen ausgesprochen in amtlichen Bekanntmachungen. Wir verwahren uns gegen diese Politik. (Beifall.)

Abg. **v. Arnim** (kons.):

Von einer Verfassungsverletzung kann keine Rede sein (Oho! bei den Polen und dem Centrum), das hat kürzlich der **Reichskanzler** mit **beredten** Worten auseinandergesetzt. (Widerspruch.) Jawohl! Es ist ein nationales Werk und hat national vortheilhaft gewirkt. (Widerspruch.) Ich **gebe allerdings zu,** daß nicht alle Wünsche, die man daran knüpfte, erfüllt sind, und daß auch das Gesetz nicht immer auf richtiger Grundlage durchgeführt ist. Sie (zu den Polen) sprechen von der Untergrabung Ihrer Existenz. (Sehr richtig!) Nein, denn in **Westpreußen und Posen hat der polnische Grundbesitz um fast Quadratmeilen** zugenommen. (Unruhe.) Ich bezweifle auch, daß die Polen wirklich loyale preußische Unterthanen sind (erneute Unruhe), und habe dazu nach allen Gründen, was ich hier in dieser Tagung schon gehört habe, allen Grund; auf die Aeußerungen in Ihrer Presse will ich nur hinweisen. Die Regierung hat immer nur bevalkirte Güter angekauft. Berücksichtigt man das, so muß man anerkennen, daß sie geleistet hat, was man von ihr verlangen kann. Sie sollte nur immer ganze Güter ankaufen. Ich bestreite, daß die Regierung protestantisiren will; es **melden sich aber zu wenig Katholiken,** weil es an deutschen katholischen Geistlichen dort fehlt, und polnische Geistliche wollen sie nicht haben. Wir hoffen, daß die Regierung Mittel und Wege finden wird, die Zwecke des Gesetzes vollkommen zu erreichen. (Beifall.)

Geheimrath **Sachs:**

Wir haben nicht Schuld daran, wenn nicht mehr katholische Ansiedler vorhanden sind. Es haben sich nicht so viel wie evangelische gemeldet. Wir haben eine Statistik aufnehmen lassen — gemäß dem Wunsche der Budgetkommission —; seit Beginn der Thätigkeit der Ansiedelungskommission 1886/87 bis Ende vorigen Jahres haben sich danach **13,463 Ansiedler evangelischer Konfession gemeldet** und **1185 Ansiedler katholischer Konfession.** Von den 13,463 Evangelischen haben 4439 Ansiedlerstellen erhalten, das sind 33 Prozent, und von den 1185 Katholiken 256, das sind 22 Prozent, ein starkes Fünftel. In Wahrheit sind auch 12 katholische Kolonien vorhanden, die in bestehende katholische Kirchspiele eingeschaltet sind. Von einer Protestantisirung kann keine Rede sein.

Abg. Dr. **Mizerski** (Pole)

zweifelt die Rechtmäßigkeit der Ansiedelungskommission an. Sie ist nicht verfassungsmäßig. Thatsachen beweisen auch, daß eine Protestantisirungspolitik getrieben wird. **Besonders in Westpreußen hütet man sich, Katholiken anzusiedeln.** Nicht nur germanisiren will man, man will auch protestantisiren. Die Kommission arbeitet in dem Geiste des Hakatismus. Daß sich der Besitz der Polen wieder vermehrt hat ist unser Verdienst.

Geheimrath **Förster:**

Daß Herr v. Miquel (Ruf: Hüne!) die Verfassungsmäßigkeit des Gesetzes von 1886 angezweifelt hat, ist nicht der Fall. Wenn gesagt wird, es sei eine kolossale Ungerechtigkeit, die durch die Ansiedelungskommission getrieben wird, so muß ich dem widersprechen. Ich behaupte und bin in der Lage, es auch zu beweisen, daß die **Zuschüsse von Seiten des preußischen Staates** und die Zuschüsse, welche die polnischen Provinzen leisten, **auch den Polen zu Gute kommen;** das wird sogar von den polnischen Blättern anerkannt; auch haben die Polen durch die preußische Kultur großen Nutzen. Die Polen tragen zu den Extraaufwendungen keinen Pfennig bei. Es liegt der Ansiedelungskommission fern, protestantisiren zu wollen. Den evangelischen entsprechend haben wir auch katholische Ansiedelungen errichtet. In den Jahren 1900 und 1901 ist je eine katholische Kolonie gegründet worden. Abg. **Rören** brachte eine Beschwerde vor, daß in einem Aufrufe gestanden hätte, es sollten sich nur evangelische melden. Das ist richtig, aber es sollte auch eine evangelische Ansiedelung gegründet werden. Umgekehrt werden auch zuweilen **nur Katholiken verlangt,** wenn es sich darum handelt, eine katholische Ansiedelung zu errichten. Ich richte an Sie die Bitte: Sorgen Sie dafür, daß der niedrige katholische Klerus nicht länger den Leuten die Meinung beibringt, als sei katholisch und polnisch identisch, und es wird leichter sein, auch mehr katholische Deutsche anzusiedeln!

Abg. **Peltasohn** (fr. Vg.):

Es giebt ungefähr **120 Beamte** bei der Ansiedlungskommission, welche die noch nicht bestellten Güter verwalten. Obgleich diese Leute eine ungeheure und vielseitige Thätigkeit entfalten, indem sie abgewirthschaftete Güter hochbringen und auch die Ansiedler mit ihren Aufgaben vertraut machen sollen, so ist ihr Einkommen doch sehr gering. Es muß auch Sorge getragen werden für ihr Alter und eine Invalidität, zum mindesten für diejenigen Angestellten, welche länger als 10 Jahre im Dienste sind. Kann das Gehalt nicht erhöht werden, so ist nach anderen Aushülfen zu suchen. Vielleicht können den Leuten nach langjähriger Dienstzeit Restgüter unter günstigen Bedingungen überlassen werden.

Abg. **Zieg** (natl.):

Die **Anschauung muß scharf zurückgewiesen werden, als ob die Katholiken bei uns in Westpreußen zurückgedrängt würden.** Mit mehr Recht würde man sagen können, in der Gegend von Essen und so weiter habe es früher keine Katholiken gegeben, jetzt aber überwiegen sie beinahe dort und in manchen Gegenden Westfalens, also haben die Katholiken die Deutschen zurückgedrängt! Nein, die deutschen Katholiken kommen nicht zu uns, weil sie in den polnischen Zeitungen als „minderwerthig" bezeichnet werden. (Sehr richtig!) **Meine politischen Freunde stehen einhellig hinter dieser Politik** der Ansiedelungskommission. Die polnische Bank sollte nur mit ihren Ansiedelungen und der Auswahl ihres Ansiedelerpersonals vorsichtiger sein. Die Deutschen, die jenen Gegenden die Kultur gebracht haben, wollen Sie (zu den Polen) nun wieder hinausbringen! Wir werden aber nicht gehen! (Lachen bei den Polen.) Nein, das thun wir nicht! (Beifall.) Unser Ansiedlermaterial ist durchaus nicht minderwerthig. Es ist lächerlich, zu sagen, die katholische Kirche werde zurückgedrängt. Man braucht doch blos daran zu denken, welche Macht das Centrum hier und im Reichstage hat, um das Gegentheil zu erkennen. (Sehr gut!) Das Centrum sollte doch endlich diese Art der Klagen lassen! Der polnische Bauer ist ganz ruhig und besonnen und würde sich nicht einmischen, wenn er durch die polnische Presse nicht so verhetzt würde. Der Abg. Dr. Mizerski hat von einer Blamage gesprochen. Auf unserer Seite liegt sie nicht! Wenn nochmals 100 Millionen gefordert würden, wir würden sie für diesen Zweck bewilligen. (Beifall.)

Abg. **Schröder** (Pole):

Die **vielen evangelischen Kirchen** sind doch auf einem Boden erbaut, wo früher eine katholisch-polnische Bevölkerung saß. **Phrasen und schöne Worte** zu machen, ist freilich nicht schwer. (Glocke des Präsidenten.)